

52/AE

der Abgeordneten Dr. Haider, Dr. Ofner
betreffend Reform des Insolvenzrechtes zur Verbesserung der Sanierungsmöglichkeiten

In den USA können insolvente Unternehmen nicht nur liquidiert werden, sondern es besteht die Möglichkeit, durch das sogenannte "Chapter 11"-Verfahren die Geschäfte über relativ lange Zeit fortzuführen, um auf diesem Wege eine Sanierung des Betriebes zu erreichen. Bei einer Erfolgsquote von etwa 10 % und einer Anwendung vor allem auf Großbetriebe scheint dieses Instrument durchaus erfolgversprechend. Das österreichische Insolvenzrecht kennt eine vergleichbare Fortführungsmöglichkeit nicht und führt damit in manchen Fällen zu einer vermeidbaren Vernichtung von Unternehmenswerten und Arbeitsplätzen. Zusätzlich wird der Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds durch die Beendigung der Dienstverhältnisse belastet und erzwingt damit eine weitere, Arbeitsplätze verringernde Erhöhung der Lohnnebenkosten für florierende Betriebe.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Der Bundesminister für Justiz wird zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und zur Erhaltung österreichischer Arbeitsplätze ersucht, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, der die Möglichkeit einer Weiterführung insolventer Unternehmen unter gerichtlicher Aufsicht nach dem Vorbild des amerikanischen "Chapter 11"-Verfahrens vorsieht und damit Sanierungs- und Reorganisationsversuche ermöglicht."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Justizausschuß vorgeschlagen.